Sonntag Reichsstraßensammlung

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 15 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM frei Haus, bei Postbestellung 1,92 RM zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Nr. 258 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 4. November 1939

Auf stabiler Grundlage

Die Auflegung der Reichsbahnanleihe — Geregelter Arbeitseinsatz — Handel noch erweiterungsfähig — Vergebliche englische Störungsversuche im Südosten

Vor dem Beirat der Reichsbank stellte Minister Funk fest, daß das Geld- und Kreditwesen sowie der Kapitalmarkt alle bisherigen Anforderungen der Kriegsfinanzierung ohne Schwierigkeit erfüllen konnten. Die Börse funktioniere normal, und der Kapitalmarkt sei bereits wieder in der Lage, Emissionen der Wirtschaft in beträchtlichem Umfange aufzunehmen. Für die Finanzierung bei den besonders stark in Anspruch genommenen oder in Mitleidenschaft gezogenen Wirtschaftszweigen müsse eine geeignete Organisationsform geschaffen werden. Bei alledem sei die Mitwirkung der Banken und der praktischen Wirtschaft in ihren Selbstverwaltungsorganisationen gesichert, und es habe ein direkter Rückgriff auf das Reich bis auf die Regelung von ganz besonders gelagerten Fällen, z. B. im Außenhandel, im allgemeinen vermieden werden können. Tatsächlich ist die Auflegung der Reichsbahnanleihe am Ende des zweiten Kriegsmonats ein Beweis dafür, wie stark die deutsche Kreditwirtschaft nach der glatten Ueberwindung des Ueberganges aus der Friedens- in die Kriegswirtschaft dasteht. Unsere Kriegsfinanzierung soll allerdings in der Hauptsache aus Steuern erfolgen; darum ist ja auch die Ausgabe von Steuergutscheinen eingestellt worden. Mit der Reichsbahnanleihe konnte und mußte jedoch eine Ausnahme gemacht werden, denn mit ihrer Hilfe werden werbende Anlagen und Einnahmen geschaffen, die den Zinsendienst und die Zurückzahlung gewährleisten. Der Erfolg, den diese Anleihe haben wird, dürfte die Gesundheit unseres Kapitalmarktes gerade gegenüber der Schwäche der englischen Kriegsfinanzierung besonders klarmachen. Mit Hilfe des Geldes wird aber der gegenwärtige Krieg nicht entschieden, sondern neben den Waffen werden die besseren Werkzeuge und die fleißigeren Arbeitskräfte den Sieg davontragen.

Daß unsere von langer Hand vorbereitete Wehrwirtschaft richtig war, beweist uns der Arbeitseinsatz. Nach Mitteilungen des Staatssekretärs Syrup ist im Gegensatz zum Beginn des Weltkrieges in den ersten sechs Wochen dieses Krieges keine nennenswerte Arbeitslosigkeit aufgetreten. Syrup stellt für die Zukunft den verständlichen Grundsatz auf, daß Kriegsaufträge möglichst in jene Gebiete gegeben werden, in denen aus der Verbrauchsgüterindustrie Arbeitskräfte frei werden. Unsere Gegner und vor allem auch die Neutralen sind durch den Krieg viel stärker in Mitleidenschaft gezogen worden. Bezeichnend ist es, daß Holland im ersten Kriegsmonat einen Ausfuhrrückgang um 28 Prozent, Schweden um 29, die Schweiz sogar um 54 Prozent erlebt hat. Ganz anders hat der Krieg allerdings zugunsten der Ueberseeländer gewirkt: Die Vereinigten Staaten konnten ihre Ausfuhr im ersten Kriegsmonat um 13 Prozent steigern, Argentinien um 7 und Japan um 3 Prozent. Die überseeischen Länder sind also im Handel wiederum die Nutznießer des in Europa von den Engländern angestifteten Blutvergießens. England aber wird den Schaden zu tragen haben. Denn kein anderes europäische Land hat seinen Handel auf die Märkte in Uebersee so eingestellt wie England.

Der Handel Deutschlands ist auf stabilen Grundlagen aufgebaut, die immer noch erweiterungsfähig sind. Die starken Wurzeln unserer Wirtschaftskraft liegen zweifellos im Osten und im Südosten. Was den Südosten anbetrifft, so wird auch England, das sich neuerdings auf den Balkan wieder sehr rührig zeigt, um die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu stören, die die englische Hungerblockade-Rechnung durchkreuzen, nichts daran ändern können. Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu den Ländern Südosteuropas sind organisch gewachsen und beruhen auf einem natürlichen Austausch der Erzeugnisse der überwiegend agrarischen Südostländer gegen hochwertige industrielle Produktionsgüter. Dieser Güteraustausch ist der denkbar gesündeste und daher auch durch England nicht zu erschüttern.

Wirtschaftliche Absichten hat England auf dem Balkan nicht, denn, wie schon gesagt, liegen seine Märkte, auf denen es unter günstigsten Bedingungen Absatz findet, in Uebersee, während der Balkan abseits vom englischen Handelsweg liegt. Die englische Einmischung in Südosteuropa ist also rein politischer Natur. Das wissen auch die Balkanländer selbst, und sie werden im Laufe der letzten Jahre begriffen haben, wo ihre wirklichen Interessen vertreten sind. Denn es gibt wohl kein Land in Südosteuropa, das nicht durch seine Handelsbeziehungen mit Deutschland einen von Jahr zu Jahr steigenden Absatz seiner Erzeugnisse verzeichnen könnte. Deutschland ist der bedeutendste Abnehmer auf dem Balkan und der wichtigste Lieferant.

Der Gau Sachsen wird auch der zweiten Reichsstraßensammlung des Kriegswinterhilfswerkes zu einem gewaltigen Erfolg verhelfen, deshalb trage jeder das Schwerteabzeichen dieser Sammlung am Rockaufschlag. — —

Umsiedlungs-Vereinbarung zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossen!

Zwischen der Regierung des Deutschen Reiches und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist am 3. November 1939 eine Vereinbarung abgeschlossen worden. Dieser Vereinbarung zufolge haben alle Deutschen aus den westlichen Gebieten der Ukraine und Weißrußlands sowie alle Ukrainer, Weißrussen und Ruthenen aus der jetzt zum Interessenbereich des Deutschen Reiches gehörenden früheren polnischen Gebiet das Recht, auf das Gebiet des anderen Staates umzusiedeln. Maßgebend ist dabei ihre Willenskundgebung.

Die Umsiedler haben das Recht, ihr Vermögen in dem für die Fortsetzung ihrer wirtschaftlichen und beruflichen Tätigkeit notwendigen Ausmaße sowie innerhalb bestimmter Normen auch die Wertgegenstände ihres persönlichen Besitzes mitzunehmen. Ueberdies sieht die Vereinbarung vor, daß die Interessen der Aussiedler mit Bezug auf ihr am früheren Wohnort zurückgelassenes Vermögen gewährleistet werden.

Durch die Vereinbarung ist für eine Organisation der Registrierung der Umsiedlungswilligen und zur Durchführung der Umsiedlung gesorgt. Beide vertragschließenden Teile haben die materielle und gesundheitliche Fürsorge für die Betreuung der Umsiedler auch auf ihren Reisewegen sichergestellt. Alle praktischen Fragen der Umsiedlung werden von den vertragschließenden Teilen in dem freundschaftlichen Geiste gelöst, wie er den Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken entspricht.

*

Finnland will keinen Konflikt

Der finnische Außenminister zu den Moskauer Verhandlungen

Auf einer Veranstaltung zugunsten der finnischen Wehrmacht in Helsinki nahm der finnische Außenminister Erkko Stellung zu den finnisch-russischen Verhandlungen, die nach der Unterbrechung am 23. Oktober nunmehr in Moskau wieder aufgenommen werden.

Der Minister wies darauf hin, daß die finnische Regierung, ehe die Abordnung wieder nach Moskau fuhr, mit den Reichstagskreisen Fühlung genommen und dabei die Gewißheit gewonnen habe, daß das ganze finnische Volk hinter ihr stehe. Als freiheitsliebendes Volk wünsche Finnland keinen Konflikt. Es habe sich zu weitgehenden Opfern bereit gezeigt, wie aus den Vorschlägen hervorgehen werde, die die finnische Abordnung in Moskau überreicht habe. Es gäbe keine Umstände, welche auch jetzt eine friedliche Lösung unmöglich erscheinen ließen.

Warthegau wird wieder ein blühendes Land

Polnische Wirtschaft hat aufgehört

Reichstatthalter Gauleiter Greiser empfing einen Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros in Posen, dem er die großen Gesichtspunkte des nationalsozialistischen Aufbauprogramms im deutschen Osten umriß:

„Wenn Sie wissen, wie unser heutiger Warthegau nach zwanzigjähriger polnischer Herrschaft und nach den Folgeerscheinungen des polnischen Feldzuges aussah, dann werden Sie ermessen können, welches Maß von Arbeit in diesen wenigen Wochen insbesondere von unserer Wehrmacht geleistet wurde. Mit der Beendigung der grauenhaften Leidenszeit unserer treuen Volksdeutschen hat auch die berüchtigte polnische Wirtschaft aufgehört. Der Arbeitsprozeß vollzieht sich nach nationalsozialistischen Grundsätzen. So ist es bereits gelungen, die Getreideernte dieses fruchtbaren Landes zu neunzig Prozent zu bergen. Die Einbringung der Hackfruchternte aber ist schon hundertprozentig gesichert. Dieses Arbeitstempo wird fortgesetzt. An die Lösung der herrlichen Aufgabe, die mir gestellt ist, werden wir mit gewohnter nationalsozialistischer Entschlossenheit und Gründlichkeit herangehen bis zur restlosen Verwirklichung des großen Zieles, den Warthegau wieder zu einem blühenden Lande zu machen."

Umsiedlung der Deutschen aus Estland

In Reval traf unter Führung von Generalkonsul Roldecke eine deutsche Abordnung ein, die über die noch offenstehenden Fragen der Umsiedlung der Reichs- und Volksdeutschen in Estland verhandeln soll.

Die finnischen Unterhändler im Kreml

Die finnischen Unterhändler mit Staatsrat Paasikivi und Minister Tanner an der Spitze begaben sich am Freitag in den Kreml, um mit den sowjetrussischen Staatsmännern die Verhandlungen fortzusetzen, die seit dem 23. Oktober unterbrochen waren.

Neue Hetzlüge der Kriegsverbrecher

Erfundener deutscher U-Boot-Angriff an der USA.-Küste — Aber britisches Kriegsschiff darf Sicherheitszone verletzen

Wenn nicht alles täuscht, ist man durch den SOS.-Ruf des britischen Frachters „Culmore", der am Mittwoch angeblich innerhalb der auf der Panamerikanischen Konferenz kürzlich beschlossenen Sicherheitszone von einem U-Boot angegriffen wurde, einem neuen verbrecherischen britischen Propagandaschwindel auf die Spur gekommen. Denn schon am nächsten Morgen erhielt die amerikanische Küstenwache „Washington" von der kanadischen Funkstation Camperdown die Mitteilung, daß sich die „Culmore" nach einem dort aufgefangenen Funkspruch in Sicherheit befinde. (!) Die amerikanische Küstenwache und die USA.-Marine, die am Mittwoch mit zahlreichen Schiffen und Flugzeugen Beistand leisten wollten, stellten daraufhin die Suche sofort ein. Bezeichnenderweise berichtete der USA.-Kutter „Bibb", der wenige Stunden nach dem SOS.-Ruf an der von der „Culmore" angegebenen Stelle eintraf, daß er weder das Schiff noch die Mannschaft gesichtet habe.

Nichtsdestoweniger schilderte die Presse der Vereinigten Staaten in schreiender Aufmachung diesen angeblichen deutschen U-Boot-Angriff, der sich nach Behauptungen einiger Zeitungen sogar innerhalb der amerikanischen Küstengewässer abgespielt haben sollte. Associated Preß stellte bereits Betrachtungen über die mutmaßlichen Folgen einer „Verletzung" der panamerikanischen Sicherheitszone an, kündigte eine Konsultation mit den ibero-amerikanischen Ländern an und sagte einen Protestschritt in Berlin voraus, sobald „der Tatbestand einwandfrei geklärt sei". Auffallend ist, daß die „Culmore" lediglich die kanadische Funkstation erreicht haben soll, nicht aber die in höchsten Alarmzustand versetzten USA.-Stationen, denen es unmöglich war, eine Funkverbindung mit der „Culmore" herzustellen. (!)

Britische Seeräuberei erregt keinen Anstoß

In auffallendem Gegensatz zu der gewaltigen Verbreitung, die dieser offenkundige britische Betrug wenige Tage vor der voraussichtlich endgültigen Abstimmung des Kongresses über das Waffenembargo in der gesamten amerikanischen Presse fand, steht ein bisher lediglich auf der Innenseite der „New York Times" vergrabener Bericht aus Panama, wonach der britische Kreuzer „Dispatch" am 24. Oktober im Karibischen Meer, also einwandfrei innerhalb der Panamerikanischen Sicherheitszone, den deutschen Tankdampfer „Emmy Friedrich" anfordern wollte. Die Tankerbesatzung habe jedoch das Schiff versenkt, bevor es in englische Hände fiel.

„Verbrecherische Finte"

Der Eindruck eines britischen Schwindels im „Culmore"-Fall beschränkt sich übrigens keineswegs auf deutsche Kreise. Der bekannte amerikanische Rundfunkkommentator Lowell Thomas deutete am Mikrophon gleichfalls die Möglichkeit einer „verbrecherischen Finte" an, während die „New-Yorker Staatszeitung" an einen „schlechten Scherz" eines Kurzwellenamateurs glaubt.

Kein deutsches U-Boot in USA.-Gewässern

Der verbrecherische Propagandaschwindel des britischen Lügenministeriums entlarvt

Amtlich wird zu der von dem englischen Reuterbüro gemeldeten angeblichen Torpedierung des britischen Dampfers „Culmore" durch ein deutsches U-Boot innerhalb der amerikanischen Neutralitätszone festgestellt, daß sich in der Nähe der als Versenkungsort angegebenen Position kein deutsches U-Boot befindet. Es ist also ganz offensichtlich, daß durch diese unverschämte Falschmeldung das britische Lügenministerium die amerikanische Oeffentlichkeit in antideutschem Sinne zu beeinflussen versucht.

*

Churchills neuer Schwindel

Ganz offensichtlich ist das englische Lügenministerium wieder eifrig am Werk, um auf Amerika im Sinne der Aufhebung des Neutralitätsgesetzes einen Druck auszuüben. In den USA. tobt zur Zeit ein starker Meinungskrieg darüber, ob es gut ist, wenn Amerika die Waffenausfuhrsperre aufhebt und sich damit gewissermaßen in den europäischen Konflikt einmischt. Es gibt eine sehr starke Opposition, die Tag für Tag ihre warnende Stimme erhebt und darauf aufmerksam macht, daß eine Einmischung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen von größtem Schaden und moralisch unverantwortlich sei. Nachdem aber der Senat kürzlich die Aufhebung der Waffenausfuhrsperre bereits beschlossen hat, ist sicher damit zu rechnen, daß das Neutralitätsgesetz endgültig

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF